

Deckungsgrad sinkt auf 93 Prozent

Resultat Die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) hat bekannt geben, dass ihr Deckungsgrad auf geschätzte 93 Prozent abgesunken ist. Damit rückt die Marke näher, ab der Sanierungsmassnahmen zwingend notwendig würden.

VON HOLGER FRANKE

Die SPL erzielte im Jahr 2018 auf ihrem Anlagevermögen eine Gesamtrendite von -4,56 Prozent. Der Deckungsgrad sinkt damit vor Abschlussbewertungen geschätzt auf rund 93 Prozent, wie die SPL - als Nachfolgeorganisation der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) - auf ihrer Homepage mitteilt.

Gesetzliche Verpflichtungen

Dort wird jederzeit und transparent der provisorische Deckungsgrad an-

gezeigt - seit Kurzem steht dieser dort bei 92,81 Prozent. Zum Vergleich: Per 1. Januar 2018 hatte der Deckungsgrad 98,8 Prozent betragen. «Der schlechte Monat Dezember, in welchem aufgrund stark negativer Aktienmärkte eine Monatsperformance von -2,37 Prozent resultierte, hat das Jahresergebnis seit Ende November nochmals deutlich verschlechtert», schreibt die

«Ja.»

MICHAEL HANKE

SPL-STIFTUNGSRÄTSPRÄSIDENT AUF DIE FRAGE, OB ER DIE ANSICHT TEILT, DASS DER DECKUNGSGRAD 90 PROZENT UNTERSCHREITEN KÖNNTE.

SPL. Wie sie weiter informiert, ist die Stiftung bei einem Deckungsgrad unter 90 Prozent gemäss gesetzlichen Vorgaben verpflichtet, notwendige Sanierungsmassnahmen, «welche die Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen können, zu verabschieden und der FMA einzureichen». Bereits in ihrem Jahresbericht 2017 hatte die SPL unter Berufung auf den Vorsorgeexperten ausgeführt, dass auf-

grund der fehlenden finanziellen Risikofähigkeit die Wahrscheinlichkeit weiterhin hoch bleibe, dass der Deckungsgrad im Laufe der nächsten drei Jahre unter 90 Prozent fällt. Eine Einschätzung, die SPL-Stiftungsratspräsident Michael Hanke teilt, wie er mit einem kurzen aber aussagekräftigem «Ja» gegenüber dem «Volksblatt» nun bestätigte. Sollte es wirklich so weit kommen, gibt es verschiedene Optionen. Vor allem ein Lösungsvorschlag scheint hierbei in den Fokus zu rücken.

Seite 5

Staatliche Pensionskasse bestätigt hohes Risiko für Sanierungsbedarf

Vorsorge 92,81 Prozent - das ist der aktuelle Deckungsgrad der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL). Zwar ist dies eine Momentaufnahme, doch auch die SPL teilt Bedenken, dass der Deckungsgrad bald unter die kritische Grenze fallen könnte.

VON HOLGER FRANKE

«Ja», lautet die kurze, aber bedeutsame Antwort von Michael Hanke, Stiftungsratspräsident der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) - der Pensionskasse für die berufliche Vorsorge der Staatsangestellten und der Angestellten der angeschlossenen Unternehmen auf die wohl wichtigste - am vergangenen Donnerstag - schriftliche gestellte Frage des «Volksblatts». Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte der FDP-Abgeordnete Wendelin Lampert im Rahmen einer Kleinen Anfrage im Landtag die Situation der SPL aufzeigen wollen, mit Verweis auf den Jahresbericht 2017. Darin heisst es unter Berufung auf den Vorsorgeexperten der SPL, dass aufgrund der fehlenden finanziellen Risikofähigkeit die Wahrscheinlichkeit weiterhin hoch bliebe, dass der Deckungsgrad im Laufe der nächsten drei Jahre unter 90 Prozent fällt. Ebenso schätzt der Experte das Risiko weiterhin als hoch ein, dass die Stiftung es aus eigener Kraft nicht schaffen kann, in absehbarer Zeit einen Deckungsgrad von nachhaltig mehr als 100 Prozent zu erreichen. Mit seinem «Ja» gegenüber dem «Volksblatt» hat Michael Hanke nun bestätigt, dass er die Einschätzung des genannten Experten teilt, dass die SPL unter die kritische Marke eines Deckungsgrades von 90 Prozent fallen könnte - was wiederum Sanierungsmassnahmen unausweichlich machen würde.

Genau auf diesen Umstand hat die SPL - am vergangenen Freitag - in einer E-Mail, die dem «Volksblatt» vorliegt, einen grösseren Empfängerkreis hingewiesen. «Bei einem Deckungsgrad unter 90 Prozent ist die SPL gemäss gesetzlichen Vorgaben verpflichtet, notwendige Sanierungsmassnahmen, welche die Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen können, zu verabschieden und der FMA einzureichen», heisst es darin.

FMA würde unverzüglich handeln

Dieses grundsätzliche Vorgehen bestätigte die Aufsichtsbehörde am Montag gegenüber dem «Volksblatt». Demnach werden Vorsorgeeinrichtungen, bei denen eine Unterdeckung droht, basierend auf den gesetzlichen Grundlagen, bereits im Vorfeld eng von der FMA begleitet. Konkret bedeutet das, dass bereits vor Eintritt einer potenziellen Unterdeckung mögliche Massnahmen mit



Die Entwicklung der Pensionskasse dürfte vom Staatspersonal mit Interesse verfolgt werden. (Symbolfoto: SSI)

der Vorsorgeeinrichtung diskutiert und abgestimmt werden. «Sollte der Deckungsgrad dennoch unter die gesetzlich vorgegebene Grösse - im genannten Fall unter 90 Prozent - fallen, wird die FMA unverzüglich Sanierungsmassnahmen einfordern. Die Vorsorgeeinrichtung hat dann zusammen mit dem Pensionsversicherungsexperten innert angemessener Frist einen Sanierungsplan auszuarbeiten und konkrete Sanierungsmassnahmen zu ergreifen», verdeutlicht Beat Krieger vonseiten der FMA. Der Sanierungsplan müsste gewährleisten, dass die Vorsorgeeinrichtung in einem Sanierungshorizont von fünf bis sieben Jahren wieder eine Volldeckung erreicht. «Bei einem fortwährend tiefen Zinsumfeld heisst das, dass zusätz-

«Die Sanierung ist unter bestimmten Annahmen erfolgt, die aus damaliger Sicht plausibel erschienenen.»

MICHAEL HANKE
SPL-STIFTUNGSRATSPRÄSIDENT

liche Sanierungsbeiträge in erheblichem Masse von den versicherten Arbeitnehmern und Arbeitgebern geleistet werden müssten», so Krieger.

Ein Jahr unter den Erwartungen

Die SPL führt das deutliche Absinken des Deckungsgrades vor allem auf die schlechte Performance der wichtigsten Kapitalmärkte im Dezember 2018 zurück. Bei den von der SPL veröffentlichten Zahlen handele es sich um Schätzungen, der tatsächliche Deckungsgrad per 31.12.2018 werde voraussichtlich über 93 Prozent liegen, lässt die SPL wissen. Dennoch: Im gesamten Jahr 2018 hat sich der Deckungsgrad - vor allem im letzten Quartal des Jahres - deutlich vom von der SPL durchschnittlich erwarteten Deckungsgrad von 98,8 Prozent entfernt. «Dass der Deckungsgrad per

Jahresende unter dem erwarteten Deckungsgrad liegt, ist im Durchschnitt jedes zweite Jahr zu erwarten, ist also in keiner Weise aussergewöhnlich. Die Erwartungen ergeben sich aus den prognostizierten Renditeverteilungen und der aktuellen Asset Allocation der Kasse», verdeutlicht Michael Hanke.

Verzicht auf Darlehen eine Option

An der bekannten substanziellen Unterdeckung der SPL nach der Sanierung der Pensionsversicherung (PVS) für das Staatspersonal mit 300 Mio. Franken - inklusive einem Darlehen in Höhe von 100 Mio. Franken - ändert dies allerdings ohnehin nichts. Doch der Tag könnte kommen, an dem die damalige umstrittene PVS-Sanierung hinterfragt werden dürfte. SPL-Stiftungsratspräsident Michael Hanke zeigt sich hier diplomatisch: «Die Sanierung ist unter bestimmten Annahmen erfolgt, die aus damaliger Sicht plausibel erschienen.» Das anhaltende Niedrig- bzw. Negativzinsumfeld der vergangenen Jahre sei historisch aussergewöhnlich und reduziere auch bei finanziell sehr gut dastehenden Kassen deren Schwankungsreserven. «Bei der Sanierung der PVS wurde keine Schwankungsreserve vorgesehen, es erfolgte also keine Ausfinanzierung auf zum Beispiel 115 Prozent, sondern auf knapp über 90 Prozent», verdeutlicht Hanke. Und genau das könnte der SPL nun zum Verhängnis werden. Lösungsvorschläge gibt es aber schon längst, wie zum Beispiel Minderverzinsung oder Sanierungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auch in Kombination dieser und weiterer Optionen. Doch es gibt noch eine weitere Möglichkeit, die plausibel erscheint. «Bei der SPL kommt als

gesetzlich vorgesehene Massnahme auch der Verfall eines Teils des Darlehens in Betracht, das Teil der Sanierung war», so Hanke. Würde das Darlehen in der Bilanz der SPL als Eigenkapital angesehen beziehungsweise zum Beispiel durch einen Rückzahlungsverzicht in Eigenkapital umgewandelt, hätte dies einen Anstieg des Deckungsgrads auf knapp über 100 Prozent zur Folge. Damit wäre die SPL in einer deutlich komfortableren Position. Allerdings würde dies die Frage aufwerfen, ob die damalige Rettung der PVS tatsächlich ausreichend war. Auch in dieser Frage gibt sich Hanke diplomatisch. «Die Frage, ob der damalige Sanierungsversuch als ausreichend zu bewerten ist, ist sehr komplex und nicht ausschliesslich ökonomischer Natur. Die SPL ist nicht in der Position, politische Entscheidungsprozesse der Vergangenheit zu bewerten.»

Bereitschaft zum Verzicht

Andere wiederum scheinen bereit zu sein, Nägel mit Köpfen zu machen. Die **AHV-IV-FAK-Anstalten** haben sich mit rund 2,2 Mio. Franken an dem Darlehen beteiligt. In den vergangenen Geschäftsberichten findet sich aber bereits die Aussage, dass auf eine Aktivierung mit entsprechender Wertberichtigung verzichtet werde, «da ein Mittelzufluss von vornherein nicht wahrscheinlich scheint». Mit anderen Worten geht man hier bereits davon aus, das gewährte Darlehen an die SPL nicht wiederzusehen. Damit müsste dann auch die FMA leben können. «Die FMA begrüsst Massnahmen, die geeignet sind, die finanzielle Solidität einer Vorsorgeeinrichtung und damit die Sicherheit der Vorsorgeeinrichtung sowie die Risikotragfähigkeit zu stärken», liess Beat Krieger am Montag wissen.